



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Am Drosteipark 5, 25421 Pinneberg

☎ (04101) 200 639

📧 (04101) 553 665

✉ ernst-dieter.rossmann@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Pinneberg, 7. Juni 2004

„CDU muss ihre Blockade bei der Verpackungsnovelle endlich aufgeben! Das Beispiel der Firma Hawesko zeigt: Pfandregelung auf Wein ist unsinnig“

Allein bei der Firma Hawesko in Tornesch, dem größten deutschen Versandhändler von Weinen, gehen jährlich rund 14 Millionen Flaschen in den Versandhandel. Mit ihrer Blockadehaltung im Bundesrat bei der Novelle der Verpackungsordnung sorgt die CDU-Mehrheit dafür, dass dem Weinhandel insgesamt, aber auch speziell bei dem großen Tornescher Weinversand ein großer Schaden entstehen kann.

Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann, der sich kürzlich in einem längeren Besuch der Firma bei dem Finanzvorstand Sven Ohlzen, dem Projektleiter Lagerlogistik Axel Schmidt und Torneschs Bürgermeister Roland Krügel, eingehend über die Sorgen der Firma informierte, fordert deshalb auch von der CDU in Bundesrat und Bundestag, die mögliche Pfandpflicht für Wein endlich aufzugeben. Diese Pfandpflicht für Wein gilt seit 1991 und ist auch im August 1998 unter der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel ausdrücklich bestätigt worden. Die SPD-Grüne Bundesregierung hat im vergangenen Jahr eine Novelle zur Verpackungsverordnung im Bundesrat eingebracht, in der eine Ausnahme für Weinflaschen von der Pfandpflicht vorgesehen ist.

Rossmann: „SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollen diese Ausnahme bei Weinflaschen, weil sie von der Sache her keinen Sinn macht und ein Pfand nicht praktisch umzusetzen ist.“

Allein bei der Firma Hawesko werden über 90 % aller Weine im Versandbereich aus zahlreichen Ländern der ganzen Welt importiert. Auch lässt sich im Versandhandel keine Rückgabe ohne einen unverhältnismäßigen bürokratischen und technischen Aufwand verwirklichen. Rossmann: „Auch deshalb hat die Bundesregierung immer wieder betont, dass sie das Zwangspfand auf Weine nicht will.“ Dennoch wurde im Bundesrat seit einem Jahr bis jetzt kein Kompromiss gefunden. Widerstand kommt vor allem von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Rossmann: „Mit diesem unwürdigen Spiel belastet die CDU massiv die Investitionsplanungen solcher Unternehmen wie Hawesko. Es wird höchste Zeit, dass die CDU hier zu einer klaren Linie kommt und das alte Merkel-Gesetz mit dem Zwangspfand auf Weinen endlich geändert wird.“ Der Pinneberger Abgeordnete wird deshalb noch einmal die zuständigen Umweltpolitiker der CDU-Landesregierung und auch Frau Merkel als ehemalige Umweltministerin anschreiben. Rossmann: „Außerdem ist es überfällig, dass auch die CDU ihre Leute endlich auf eine Linie der Vernunft bringt.“